

Antworten für das V. Dialogforum

Aufbruch mit Fortschritts-Visionen

(Hardy Hanappi)

Arbeitswelt und Gesellschaft der Zukunft:

Die Organisation von Arbeit – also welche Tätigkeiten mit welchem Zeitaufwand für welche Bezahlung getätigt werden – wird im Zuge des gerade anbrechenden Jahrzehnts in Europa einen grundlegenden Wandel erfahren.

Dafür gibt es einige tieferliegende, ökonomische Gründe und ein durch diese verursachtes, einschneidendes Ereignis: Die globale Finanzkrise. Engpässe in der Liquidität sind die typische Erscheinungsform schwerer Krisen. Was als Reaktion auf die Liquiditätskrise der Banken und Versicherungen wirtschaftspolitisch seit Oktober 2008 zu deren Rettung getan wurde, hat zu einer Verschiebung des Liquiditätsproblems weg von den Finanzintermediären und hin zu den nationalstaatlichen Regierungen, zu den Staatsschulden, geführt. Ohne die Ursachen für das Liquiditätsproblem zu eliminieren kann nun auf dieser politisch gewordenen Ebene keine weitere Oberflächenkosmetik mehr helfen. Ein Moratorium der aufgelaufenen Finanzschuld ist mit einer (politisch-ökonomischen) Revolution gegen die Gläubiger gleichzusetzen.

Eine der wichtigsten, tieferliegenden Ursachen hat unmittelbar mit der Organisation von Arbeit im Weltmaßstab zu tun: Kapital wird in die Finanzmärkte transferiert, weil es in den realwirtschaftlichen Bereichen nur mehr niedrige erwartete Profitraten gibt. In den letzten beiden Jahrzehnten konnte diese innerhalb der OECD-Länder bereits eingetretene Entwicklung von transnationalen Konzernen noch dadurch kompensiert werden, daß der Wechselkursverfall der Dritten Welt ausgenützt wurde. Mit dem Aufstieg und der zunehmenden Abschottung Asiens und Lateinamerikas ist das aber in den letzten Jahren immer schwieriger. Die Zahlungsfähigkeit der europäischen Haushalte hat sich andererseits auf Grund der massiven Umverteilung nach oben seit Beginn der 80-er Jahre tendenziell verringert. Außerdem ist das enorme Wachstum der Arbeitsproduktivität (in Österreich erzeugte eine Beschäftigte, bzw. ein Beschäftigter, im Jahr 2009 pro Tag inflationsbereinigt etwa viereinhalb mal so viel Wert wie 1955) nicht verteilungsneutral

weitergegeben worden, sodaß die rasch akkumulierenden Gewinne zwar global nach gewinnbringender Veranlagung suchen, aber selbst international immer weniger zahlungsfähige Nachfrage identifizieren können. Die österreichischen Beschäftigten arbeiten daher zwar immer noch beinahe die gleiche tägliche Arbeitszeit wie 1955 und 1983, ihre im Vergleich zur Steigerung der Arbeitsproduktivität höchst unterproportional gestiegene Konsummöglichkeit spiegelt aber nur die Erfolge der Hartwährungspolitik wieder¹. Genau dieser Grund für den relativen Wohlstand, nämlich globale Ausbeutung über Wechselkursdynamik, wird durch die momentane Krise in Frage gestellt.

Trifft diese Kurzanalyse zu, so stellt sich die Frage ob eine Wiederherstellung hoher erwarteter Profitraten im realwirtschaftlichen Bereich der EU-Staaten ein mögliches Szenario ist. In der Tat zielt eine Reihe propagandistischer Initiativen in genau diese Richtung:

- Kürzere Ausbildungszeiten (insbesondere kürzere Studienzeiten)
- Späterer Pensionsantritt
- Lohnverzicht
- Verschiebung der Staatsausgaben von Sozialtransfers zu Subventionen
- Auflösung rechtlicher Arbeitsschutzgesetzgebung

Die Liste kann leicht fortgesetzt werden und entspricht offensichtlich den unmittelbaren Bedürfnissen vieler (europäischer) Unternehmer. Aus ökonomischer Sicht ist aber zu bezweifeln ob eine derartige Entwicklung wirklich eine realistische Perspektive darstellt, ob eine Rückkehr forcierter Ausbeutung nach Europa, letztlich eine Umkehr der Globalisierungstendenz der letzten 30 Jahre, wirklich eintreten wird. Zwar hat es in der historischen Entwicklung – etwa nach der großen Depression der 30-er Jahre durch den temporären Sieg des Faschismus – immer wieder erfolgreiche Restaurationen atavistischer Zustände gegeben, in längerfristiger Betrachtung ist aber dennoch politisch-ökonomischer Fortschritt die Regel.

¹ Die Produktivitätsgewinne wurden also nicht durch Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben und auch über steigende Reallöhne ging vergleichsweise wenig weiter an die Beschäftigten. Der merklichste positive Effekt für Österreichs Arbeiter und Angestellte entstand durch die Aufwertung der Währung und den überdurchschnittlichen Ausbau des staatlichen Sozialnetzes. Diese beiden Prozesse haben sich aber spätestens seit 1995 eher umgekehrt.

In diesem Sinne sind die Antworten auf die Fragestellungen des Dialogforums als **Fortschritts-Visionen**, als Alternativen zu kurzsichtig-retrograden Sehnsüchten zu formulieren:

1. **„Mobilität“ und „Flexibilität“** sind bedauerlicherweise zu Schlachtrufen zur Beseitigung arbeitsgesetzlicher Regelungen degeneriert. De facto ist die Erklärung der ökonomischen Krise aus individuellem Fehlverhalten der Beschäftigten – eben deren Mangel an „Flexibilität“ und „Mobilität“ – schlichtweg falsch und ausschließlich als ideologische Offensive erklärbar. Was demgegenüber im Sinne einer Fortschritts-Vision tatsächlich nötig wäre, ist ein Ausbau der Zeiten für breite Bildung und Ausbildung. Nur durch diesen anzustrebenden Vorsprung europäischer Erwerbspersonen kann ein Platz für Europa in einer zivilisierten globalen Arbeitsteilung gefunden werden.
2. **Kleine soziale Lebensformen** („Familienstrukturen“) haben in Europa in den letzten Jahrzehnten bereits einen tiefgreifenden Wandel erlebt². Wichtigster Grund ist die nachhaltig steigende Partizipationsrate der Frauen. Damit geht die Notwendigkeit verstärkter Infrastrukturleistungen für Reproduktionsleistungen (Kinderbetreuung, Haushalt, etc.) einher. Das durch die ideologisch motivierte Privatisierungsdebatte verursachte, wachsende Zurückbleiben des Infrastrukturangebotes hinter diesen Anforderungen ist inzwischen ein akutes Problem. Konträr zu konservativer Privatisierungspropaganda steht eine **stärkere Verflechtung kleiner sozialer Lebensformen mit öffentlichen Institutionen** auf der Tagesordnung! Wie schon im vorigen Punkt bietet konservative Ideologie auch hier rückwärtsgerichtete Lösungen („Zurück an den Herd“) an, die (wie dort) leere Wunschvorstellungen bestimmter, schlecht informierter Gruppen bleiben werden. Bezüglich der individuell verfügbaren Zeit, die ja angesichts der Fortschritts-Vision einer merklich sinkenden Wochenarbeitszeit zunehmen könnte, wäre es sinnvoll **die (besser gebildeten) Individuen verstärkt und mit größerer Macht ausgestattet an politischen Prozessen teilnehmen** zu lassen. Dieser **Demokratisierungsschub** wird auch dringend nötig sein, denn die

² Siehe dazu [Hanappi & Hanappi-Egger, 2008].

Regelung der Verteilung der Haushaltseinkommen wird keine einfach zu bewerkstellende Aufgabe werden.

3. Die Vorstellung der **rechtlichen Garantie eines bestimmten Mindesteinkommens** (eines damit finanzierbaren Subsistenzgüterbündels) ist als Teil der Verteidigung von Sozialtransfers zu betrachten, als kurzfristig angelegte, defensive Maßnahme. Im Rahmen einer Fortschritts-Vision sollten derartige rechtliche Garantien keine Rolle spielen, da sie in dem Moment überflüssig werden in dem eine demokratisch geregelte Bewertung aller Produktions- und Reproduktionsaktivitäten Fuß zu fassen beginnt. Die Forderung nach solchen gesetzlichen Regelungen ist schon angesichts des heutigen Produktivitätsniveaus vor allem ein Armutszeugnis des herrschenden Regulierungssystems, eine Art Festschreibung der karitativen Tätigkeit der im Überfluss lebenden Kreise – eine Festschreibung durch die die Mechanismen die diese Zustände ermöglichen eher zementiert als in Frage gestellt werden. Aus dieser Sicht wären Forderungen in diese Richtung nur aus taktischen Gründen sinnvoll, insgesamt aber von sekundärer Bedeutung.

Politik und Interessenvertretung der Zukunft

1. Die nun seit einem halben Jahrhundert rasch zunehmende Verflechtung aller ökonomischen Prozesse auf allen Ebenen bringt eine zumindest ebenso **rasch zunehmende Menge an Regulierungsmechanismen** mit sich. Parallel zu den Segnungen von mit fortschreitender Produktivität möglichem Wachstum und fortschreitender Diversifizierung des Konsums steigt also auch das Ausmaß an notwendiger Einbindung in gesamtwirtschaftliche Prozesse. Daran führt kein Weg vorbei.

Die Vorstellung man könne kontemporäre Entwicklungen mit dem Gegensatz zwischen Regulierung und Liberalisierung adäquat beschreiben versucht der Gegenwart die Dynamik des Übergangs vom Feudalstaat zum bürgerlich-kapitalistischen Staat zu unterschieben. „Liberal“ wird die Regulierung durch bestimmte Marktmechanismen bezeichnet weil sie eben keines direkten Eingriffes des Herrschers bedarf, der Mechanismus im Rahmen des vom Herrscher mittels

Ordnungspolitik bereitgestellten Raumes „frei“ walten kann. Die direkten Teilnehmer an manchen Marktmechanismen begegnen einander auf gleicher Augenhöhe, da direkte Machtausübung an den Staat delegiert wird, der nicht nur das Monopol direkter Gewalt erhält, sondern auch die zu benützenden Marktmechanismen vorschreibt. Diese Formen des aufgeklärten Absolutismus stellten einen Fortschritt gegenüber dem klassischen Feudalismus dar, einem Regime, das manchmal missverständlich als „totale Regulierung“ bezeichnet wird. Nun hat mit dem ersten Weltkrieg der Feudalismus (auch der aufgeklärte Feudalismus) in den entwickelten Staaten Europas ein Ende gefunden und es stellt sich die Frage was die weitere Verwendung des Wortes „Liberalismus“ bedeutet. Das verstärkte Auftauchen des Begriffes mit dem Beginn der weltweiten neo-konservativen Erfolge zu Beginn der 80-er Jahre (Thatcher, Reagan, Kohl) legt die Vermutung nahe, dass es sich um eine ideologisch verwendete Worthülse handelt, die gerade durch ihre Unbestimmtheit, durch ihren unzeitgemäßen Einsatz, emotionale Wirkung zeigen sollte. Kontemporäre Kritiker konservativer Politik, die diese als „neoliberal“ bezeichnen, gehen daher konservativer Ideologie auf den Leim.

Ähnlich unbestimmt, eben irgendwie „Freiheit“ signalisierend, wird der Begriff „Markt“ verwendet – als ob es sich dabei um ein handelndes Subjekt („Der Markt wird das regeln.“) und nicht um bestimmte Regulierungsmechanismen handelte. Aus ökonomischer Sicht gibt es eine Vielzahl unterschiedlichster Marktmechanismen mit ebenso unterschiedlichen Eigenschaften. Welcher Regulierungsmechanismus (welcher Marktmechanismus) wem welche Freiheitsgrade einräumt ist demnach eine Frage, die nur bei weiterer Spezifikation beantwortet werden kann.

Jenseits des ideologischen Missbrauchs der Wörter „Liberalismus“ und „Markt“ wäre zukünftige Politik also gefordert mögliche Marktmechanismen für bestimmte, wohlspezifizierte Bereiche als Regulierungsmechanismen zu implementieren. Der gerne zitierte „vollkommene Konkurrenzmarkt-Mechanismus“ ist bei dieser Aufgabe weder Benchmark noch sonst in irgendeiner Weise von besonderer

praktischer Bedeutung³. **Der Platz und die Form bestimmter Marktmechanismen als Teile auch künftig zunehmender globaler Regulierung muss also erst gefunden und erprobt werden.** Auch das ist ein Element der oben erwähnten Fortschritts-Visionen⁴.

2. Von besonderer Bedeutung sind in dem hier interessierenden Problemkreis jene Regulierungsmechanismen, die die Abstimmung individueller und haushaltsbezogener Wünsche nach bestimmter Arbeit mit den Notwendigkeiten und Möglichkeiten gesamtwirtschaftlicher (letztlich globaler) Produktion ermöglichen sollen. Schumpeter hat – rückblickend auf das England des 19. Jahrhunderts – diesen Mechanismus in der Kunstfigur des „innovativen Unternehmers“ zu Recht zum zentralen Thema seiner „Theorie der Entwicklung“ gemacht⁵. Was gegenwärtig benötigt wird ist ein qualitativ neuer Ersatz dieses Konzepts für das 21. Jahrhundert – offensichtlich wiederum eine Fortschritts-Vision.

Das bisher entwickelte institutionelle Geflecht westlicher Demokratien kann zu Recht als eine der Grundlagen für derartige Weiterentwicklungen betrachtet werden. Um über seinen gegenwärtigen Funktionsumfang qualitativ hinauszuwachsen, bedarf es allerdings zunächst einer kritischen Einschätzung des gegenwärtigen Zustands. Das kann in der hier gebotenen Kürze nicht geleistet werden. Was aber ohne tiefer gehende Analyse festgehalten werden kann ist, dass auf Grund der globalen Krise (wie nach der Depression der 30-er Jahre) genau jenes demokratische Institutionengeflecht, das den Ausgangspunkt sozialer Innovationen darstellen könnte, von rechtsradikaler Seite immer stärker unter Beschuss genommen werden wird. Die kurzfristig **wichtigsten Aufgaben sind daher einerseits der Erhalt existierender Mitbestimmungsmechanismen** und andererseits die politisch intelligente Substitution wegbrechender

³ Der Hauptgrund dafür liegt in den extremen Informationsannahmen dieses theoretischen Modells.

⁴ Während in der herrschenden ökonomischen Theorie Marktmechanismen oft als Mittel zur Feststellung für Knappheit auf Seite der Haushalte beschrieben werden sind diese in entwickelten Informationsgesellschaften (wie implizit auch schon bei Schumpeter) eher Orte und Prozeduren massiver Meinungsmanipulation.

⁵ Mehr dazu in [Hanappi, 2003]. Die diesbezügliche Fortschritts-Vision zielt auf künftige (soziale) Innovationen, die neue Nutzendimensionen eröffnen statt nur (profitables) Wachstum in bekannten Dimensionen zu forcieren.

„Unternehmerfunktion“ (z.B. KMUs wie aus dem 19. Jahrhundert) durch neue politische Entitäten. Im zweiten Teil dieser Aufgabe versteckt sich klarerweise die Aussage, **dass die gegenwärtigen politischen Strukturen ohne diese Erweiterungen nicht zukunftsfähig sind**. Ganz konkret könnte sich das am Scheitern des Erhalts an Beschäftigung zeigen, dass alleine durch KMUs alten Stils nicht möglich sein wird. Ein weiteres wichtiges (bislang ungenügend behandeltes) Feld politischer Intervention ist die zukunftsfähige Verknüpfung von Bildungsinfrastruktur mit ökonomischen und demographischen Entwicklungen. Hier bedarf es dringend längerer und besserer Bildungszeiten, also späterem Eintritt ins Berufsleben - und damit einhergehenden späteren Austritt. Das ist leicht zumutbar wenn Arbeitszeiten während des Berufslebens reduziert werden, in Bezug auf die Lebensarbeitszeit tritt eine Glättung der Anstrengungen ein. Die Finanzierung der besseren und längeren Bildung der Jungen wird durch die adäquatere Positionierung Europas (Standort höchstqualifizierter Arbeit) in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung gefördert⁶.

3. Wie müssen sich Interessensvertretungen daher entwickeln? Unmittelbare Folgerung aus den obigen Bemerkungen ist der Auftrag **über die bloße Vertretung der Interessen einer bestimmten Gruppe von Menschen mittels Insistieren auf einem größeren Anteil am (verkauften) Produkt in jeder Hinsicht hinauszuwachsen**. Wie sonst sollte man den sich wandelnden potentiellen Koalitionen, die ja direkt aus der Veränderung einer nach Interessen gegliederten Gesellschaft folgen (einer Interessensstruktur, die ins Rutschen gekommen ist), gerecht werden können? Die mehrfach angesprochene zunehmende Verflechtung⁷ aller politisch-ökonomischen Prozesse verlangt nach

⁶ Wie durch die Krise politische Prioritätensetzungen erzwungen – aber auch ermöglicht – werden, wird in [Hanappi, 2009] skizziert. Wenn es politisch zu brennen beginnt, wird die Logik des Machbaren obsolet und das Rechtssystem zum Epiphänomen.

⁷ Die Interessen der jungen Bevölkerung an Bildung hängen direkt mit den Interessen der alten Bevölkerung an Alterssicherung zusammen sind sie doch alle über das von der Erwerbsgeneration angetriebene Umlageverfahren verbunden. War der Anteil dieser Jungen an der Bevölkerung in den 50-er Jahren noch 30%, so ist er nun auf etwa 20% gefallen, während der Anteil der Alten im gleichen Ausmaß gestiegen ist. Bei gleichgebliebenem Anteil der Erwerbsschicht ermöglichte die starke Steigerung der Arbeitsproduktivität vor allem die Modernisierung des Kapitalstocks, die wiederum den wachsenden Output konfliktmindernd einsetzbar machte. In der globalen Krise ändert sich das nun grundlegend und der Interessensausgleich muss mit inhaltlicher Argumentation erarbeitet werden, kann nicht mehr durch monetäres Schweigegehalt in alle

einem ebensolchen Zuwachs der Kompetenz der Interessensvertretungen diese Prozesse zu verfolgen und adäquat theoretisch zu interpretieren. **Nur eine auf halbwegs adäquater theoretischer Erkenntnis basierende Praxis kann mittelfristig eine erfolgreiche Praxis sein.**

In weiterer Schlussfolgerung ist ebenso offensichtlich, dass **internationale Vernetzung** – zumindest auf europäischer Ebene – stark und rasch weiter ausgebaut werden muss⁸. Die historische Erfahrung **österreichischer Sozialpartnerschaft** kann in mancher Hinsicht durchaus als eine **Vorform möglicher sozialer Innovationen des 21. Jahrhunderts** betrachtet werden, diese Nachricht ist bedauerlicherweise noch nicht überall angekommen.

Literatur

- Elsner W. & Hanappi H. (Hrsg.), 2008, **Varieties of Capitalism and New Institutional Deals. Regulation, Welfare and the New Economy**, Edward Elgar Publishing, Cheltenham, UK.
- Hanappi H., 2003, Wie österreichisch ist Schumpeters Innovationstheorie?, in: [Pichler R. (Hrsg.), 2003]. Working paper download: <http://ftp.vwl.tuwien.ac.at/hanappi/Papers/schumphist.zip>
- Hanappi H. & Hanappi-Egger E., 2008, **The Death of the Family? Evolution of a New Deal Between Biological and Social Reproduction**, in: [Elsner W. & Hanappi H., (Hrsg.), 2008, S. 195-208]. Working paper download: <http://ftp.vwl.tuwien.ac.at/hanappi/Papers/eaepe2005.pdf>
- Hanappi H., 2009, **Money, Credit, Capital, and the State. On the evolution of money and institutions**, invited paper at the Verein für Socialpolitik (Ausschuss für Evolutorische Ökonomik) July 2009 in Jena. Erscheint 2010 bei im Konferenzband bei Springer (Hrsg. U. Cantner). Working paper download: http://ftp.vwl.tuwien.ac.at/hanappi/Papers/Hanappi_2009B.pdf
- Pichler R. (Hrsg.), 2003, **Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte**, Studienverlag, Innsbruck.
- Scheibenreif M. & Hanappi H., 2008, **New Deals of New Social Entities. Evolution of Old Friends: Workers – Firms – Classes – States**, in: [Elsner W. & Hanappi H., (Hrsg.), 2008, S. 183-194]. Working paper download: <http://ftp.vwl.tuwien.ac.at/hanappi/Papers/eaepe2005MSHH.pdf>

Richtungen ersetzt werden. Im anbrechenden Zeitalter kluger Koalitionsbildung ist daher ein Schub an theoretischer Kompetenz für Interessensvertretungen obligatorisch.

⁸ Vergleiche [Scheibenreif M. & Hanappi H., 2008].